**Erlaß des Führers und Reichskanzlers
über städtebauliche Maßnahmen in der Stadt Memel.**

Vom 20. Dezember 1940.

Für die Stadt Memel ordne ich die Durchführung der von mir bestimmten besonderen städtebaulichen Maßnahmen an.

Ich beauftrage den Gauleiter des Gaues Ostpreußen der NSDAP, Erich Koch, die im § 1 Abs. 2 und § 3 des Gesetzes über die Neugestaltung deutscher Städte vom 4. Oktober 1937 (Reichsgesetzbl. I S. 1054) erwähnten Maßnahmen zu treffen.

Berlin, den 20. Dezember 1940.

Der Führer und Reichskanzler

Adolf Hitler

Der Reichsminister und Chef der Reichskanzlei

Dr. Gammers

**Erlaß des Führers und Reichskanzlers
über städtebauliche Maßnahmen in der Stadt Wuppertal.**

Vom 20. Dezember 1940.

Für die Stadt Wuppertal ordne ich die Durchführung der von mir bestimmten besonderen städtebaulichen Maßnahmen an.

Ich beauftrage den Gauleiter des Gaues Düsseldorf der NSDAP, Friedrich Karl Florian, die im § 1 Abs. 2 und § 3 des Gesetzes über die Neugestaltung deutscher Städte vom 4. Oktober 1937 (Reichsgesetzbl. I S. 1054) erwähnten Maßnahmen zu treffen.

Berlin, den 20. Dezember 1940.

Der Führer und Reichskanzler

Adolf Hitler

Der Reichsminister und Chef der Reichskanzlei

Dr. Gammers

Zweites Gesetz zur Änderung des Deutschen Beamtengesetzes.

Vom 20. Dezember 1940.

Die Reichsregierung hat das folgende Gesetz beschlossen, das hiermit verkündet wird:

Artikel I

Das Deutsche Beamtengesetz vom 26. Januar 1937 (Reichsgesetzbl. I S. 39) wird wie folgt geändert und ergänzt:

1. Im § 133 Abs. 2 wird das Wort „weiter“ gestrichen.

2. Hinter § 98 wird folgender § 98a eingefügt:

„§ 98a

(1) Die Wittwengeldberechtigte Witwe eines Beamten, der an den Folgen einer Wehrdienstbeschädigung gestorben ist, erhält eine Abfindung, wenn

sie sich vor Vollendung des fünfundvierzigsten Lebensjahres mit einem deutschen Staatsangehörigen deutschen oder artverwandten Blutes wieder verheiratet. Die Abfindung wird nicht gewährt, wenn die Ehe mit einem Manne geschlossen worden ist, der von einem oder mehr volljüdischen Großeltern teilen abstammt.

(2) Hat die Witwe das fünfunddreißigste Lebensjahr noch nicht vollendet, so beträgt die Abfindung das Fünffache, sonst das Dreifache des Jahresbetrages des Witwengeldes.

(3) Die Witwenabfindung darf jedoch das Fünffache oder das Dreifache des Jahresbetrages des

Höchstwitwengeldes aus der niedrigsten Gehaltsstufe eines Regierungsrats nicht übersteigen.

(4) Hat die Witwe durch ihre Wiederverheiratung einen neuen Versorgungsanspruch erworben, so wird auf diese Witwenbezüge die gezahlte Abfindung angerechnet."

Artikel 2

(1) Artikel 1 Nr. 1 tritt mit Wirkung vom 1. Juli 1937 in Kraft; Zahlungen sind jedoch erst vom 1. August 1940 an zu leisten.

(2) Artikel 1 Nr. 2 ist auf Versorgungsfälle anzuwenden, die seit dem 26. August 1939 eingetreten sind.

Berlin, den 20. Dezember 1940.

Der Führer und Reichskanzler

Adolf Hitler

Der Vorsitzende
des Ministerrats für die Reichsverteidigung

Göring

Reichsmarschall

Der Reichsminister des Innern

Frick

Der Reichsminister der Finanzen

Graf Schwerin von Krosigk

Der Reichsminister und Chef der Reichskanzlei

Dr. Gammers

Gesetz über Reichsbürgschaften auf dem Gebiete des Wohnungswesens, Siedlungswesens und Städtebaues.

Vom 20. Dezember 1940.

Die Reichsregierung hat das folgende Gesetz beschlossen, das hiermit verkündet wird:

§ 1

(1) Der Reichsarbeitsminister wird ermächtigt, mit Zustimmung des Reichsministers der Finanzen Reichsbürgschaften für Darlehensverpflichtungen zur Förderung von Maßnahmen auf dem Gebiete des Wohnungswesens, Siedlungswesens und Städtebaues zu übernehmen.

(2) Den jeweiligen Höchstbetrag dieser Bürgschaften bestimmt der Reichsminister der Finanzen im Einvernehmen mit dem Reichsarbeitsminister.

(3) Soweit Bürgschaften zu Lasten von Sondervermögen des Reichs für Zwecke der Wohnungsfürsorge übernommen werden können, verbleibt es hierbei.

§ 2

Die bestehenden Bürgschaftsermächtigungen, und zwar

a) in der Verordnung des Reichspräsidenten zur Sicherung von Wirtschaft und Finanzen vom 1. Dezember 1930, Siebenter Teil, Kapitel II (Reichsgesetzbl. I S. 517, 593) in der Fassung